Stadt Zürich
Gemeinderat

Stadt Zürich
Gemeinderat
Geschäftsprüfungskommission (GPK)
Stadthausquai 17
Postfach, 8022 Zürich

T +41 44 412 31 10
gemeinderat@zuerich.ch
gemeinderat-zuerich.ch

Bericht und Antrag der GPK[1] zum Geschäftsbericht 2025 der Stadt Zürich (GR Nr. 2026/119 vom 18. März 2026)

1. Einleitung und generelle Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 49 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft. Die Mitglieder[2] der GPK der Amtsperiode 2022–2026 haben dazu schriftliche und mündliche Fragen gestellt, die Beratung der Antworten erfolgte durch die Mitglieder der GPK der Amtsperiode 2026–2030. Das für das jeweilige Referat zuständige GPK-Mitglied der Amtsperiode 2022–2026 führte mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratsmitglied beziehungsweise mit dem Stadtschreiber eine Besprechung über das Geschäftsjahr 2025. Die dazugehörige Berichterstattung zuhanden der GPK erfolgte anlässlich der GPK-Sitzung vom 13. April 2026. Für den vorliegenden Bericht wurden ausgewählte Aspekte aus dem Geschäftsbericht zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Anhand des Geschäftsberichts der Stadt Zürich kann die Arbeit der Exekutive und der Verwaltung geprüft werden, wobei sich die GPK selbstverständlich nicht nur auf diese Informationsquelle beschränkt. Aus der Beratung zum Geschäftsbericht ergeben sich manchmal Themen, die von der GPK separat vertieft werden.
- Die GPK kann des Weiteren in den einzelnen Departementen Abklärungen tätigen. Dies geschieht über das für das Referat zuständige GPK-Mitglied oder über das GPK-Sekretariat. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK diese Arbeit entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamt-Kommission wahr.

---

1 Mitglieder Amtsperiode 2026–2030: Guy Krayenbühl (GLP, Präsidium); Derek Richter (SVP, Vizepräsidium); Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Rahel Habegger (SP), Sofia Karakostas (SP), Dr. Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)

2 Mitglieder Amtsperiode 2022–2026: Roland Hurschler (Grüne, Präsidium); Rahel Habegger (SP, Vizepräsidium); Sanija Ameti (parteilos), Martin Busekros (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (FDP), Jehuda Spielman (FDP), Dominique Späth (SP), Karin Weyermann (die Mitte)

- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.
- Die GPK trifft sich mindestens einmal jährlich mit der Datenschutzbeauftragten sowie dem Direktor der Finanzkontrolle. Der regelmässige Austausch mit dem Ombudsmann findet halbjährlich statt. Zwischen diesen Treffen geht die GPK im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Hinweisen aus den erwähnten Stellen nach.

Der Tätigkeitsbericht 2025 der GPK wurde am 12. Januar 2026 (GR Nr. 2026/1) zuhanden des Gemeinderats und der Öffentlichkeit verabschiedet.

Gemäss Gemeindegesetz haben alle Gemeinden bis Ende Juni des Folgejahres über den Geschäftsbericht zu beschliessen. Die GPK konnte den Geschäftsbericht 2025 der Stadt Zürich sorgfältig beraten und termingerecht zuhanden des Gemeinderats abschliessen. Dies wurde auch dank der durch die Stadtkanzlei frühzeitig erfolgten Zustellung des Berichts möglich, die im Einverständnis mit dem Stadtrat unter dem Vorbehalt der Geheimhaltung bis zur öffentlichen Publikation erfolgte. Die umfangreichen Rückfragen der GPK wurden von den Departementen fristgerecht beantwortet. Die GPK führte drei Lesungen durch.

2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich

Der Geschäftsbericht 2025 zeigt sich hinsichtlich des Umfangs (356 Seiten) signifikant kürzer als die letztjährige Ausgabe (454 Seiten). Die Anzahl gedruckter Exemplare des Geschäftsberichts der Stadt Zürich stagniert gemäss Impressum bei rund 50 Stück. Die elektronische Version hat ihre Vorteile, so lassen sich nicht nur Fehler einfacher korrigieren, sondern auch bestimmte Gewichtungen des Stadtrats nach Anzahl der verwendeten Wörter erkennen. So findet sich zu Beispiel der Begriff «Corona» mittlerweile nur noch viermal im Bericht. Das über viele Jahre stetig öfters erwähnte «Velo» findet sich im Bericht zum Geschäftsjahr 2025 mit 62 in verschiedenen Formen ergehenden Erwähnungen nochmals signifikant weniger als im Vorjahr (283-mal). Auch der Begriff «Klima» liest sich in diesem Jahr mit 32 Erwähnungen im Vergleich zu 149-mal im Vorjahr sehr viel weniger. Von der «Bevölkerung» ist 107-mal in verschiedenen Formen die Rede, der Begriff «Wohnung» wird 89-mal erwähnt.

2.1 Allgemeine Verwaltung

Die Stadtkanzlei hat im Berichtsjahr 2025 die Übergabe des Amtes des Stadtschreibers abgeschlossen und ihre zentrale Rolle als Schnittstelle zwischen Stadtrat, Verwaltung und Bevölkerung konsequent wahrgenommen. Die Vorbereitung der Erneuerungswahlen 2026 wurde eingeleitet; die Stadtkanzlei versteht sich als stabilisierende Instanz in der Phase der nun vollzogenen Departementswechsel.

Ein zentrales Projekt war die Umsetzung der Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren (VEVV). Obwohl die Inkraftsetzung vom 1. Januar 2026 auf den 1. Januar 2027 verschoben wurde, wurden die zentralen Lösungselemente bis Ende 2025 entwickelt und sind grundsätzlich einsatzbereit. Die Zusammenarbeit mit Organisation und Informatik (OIZ) sowie dem Rechtskonsulenten hat eine rechtskonforme, medienbruchfreie Digitalisierung ermöglicht. Pilotverfahren sollen 2026 erste Praxiserfahrungen liefern.

Die Weibeldienste wurden weiter optimiert: Das Post-Service-Center sichert den operativen Postversand, während die Postlogistik Amtshäuser mit smarten Schliessfächern auf die zukünftige, bedarfsgerechte Zustellung vorbereitet. Der Pilot im Amtshaus Walche läuft.

Die Zahl der bearbeiteten Bürgerrechtsgesuche stieg auf 2943 (2024: 2650), davon 328 mit Gebührenerlass oder -reduktion. Die Stadtkanzlei verzeichnete 4351 Stadtratsbeschlüsse und 32 kommunale Volksabstimmungen, darunter wichtige Vorlagen wie den Ersatzneubau des Sportzentrums Oerlikon oder der Rahmenkredit von 350 Millionen Franken für die Veloinfrastruktur.

Die digitale Kommunikation der Stadt wurde weiter ausgebaut: Die städtische Website, das Amtsblatt und die Social-Media-Kanäle wurden kontinuierlich aktualisiert. Die Zahl der Medienmitteilungen stieg auf 462 (2024: 437).

2.2 Präsidialdepartement (PRD)

Das Präsidialdepartement hat 2025 die Strategie Erinnerungskultur erarbeitet und vom Stadtrat verabschieden lassen. Sie legt den Umgang mit erinnerungskulturellen Themen fest und sieht die Schaffung einer eigenen Fachstelle in der Dienstabteilung Kultur ab 2026 vor.

Der Abteilung Kultur standen 2025 erstmals Mittel zur Einhaltung der Richtgagen der Berufsverbände, insbesondere im Ressort Jazz/Rock/Pop, zur Verfügung. Das Pilotprojekt «Netzwerk inklusive Kultur» wurde in die Wege geleitet, und in einer internen Reorganisation wurde ein neuer Bereich «Institutionelle Förderung» als Anlaufstelle für alle subventionierten Kulturinstitutionen eingeführt.

Veranstaltungen und Institutionen wie das Theaterspektakel, das Museum Rietberg und das Filmpodium fanden im Berichtsjahr erfreulich hohen Publikumszuspruch.

Das Bevölkerungsamt führte 2025 die Rolle «Digitalisierungsverantwortliche*r» ein. Seine verschiedenen Ämter bemühten sich um Verbesserungen ihrer Dienstleistungen (neu steht unter anderem eine Unterstützungsbox für Angehörige nach einem Todesfall zur Verfügung).

Das Stadtarchiv hat 380 Laufmeter Akten aus der Stadtverwaltung und 35 Laufmeter aus privaten Beständen übernommen. Die umfangreichste Ablieferung aus privaten Beständen betraf das Fotoarchiv und weitere Unterlagen von Leonard Zubler (21 Laufmeter).

Seit Beginn 2025 ist der Delegierte Wohnen operativ tätig und hat sich als Ansprechpartner für Fragen der Wohnpolitik inner- und ausserhalb der Verwaltung etabliert.

2.3 Finanzdepartement (FD)

Das Finanzdepartement hat 2025 die Migration des SAP-Systems auf die Plattform S/4HANA abgeschlossen. Dabei wurden 1,4 Milliarden Datensätze aus 65 Organisationseinheiten übertragen. Ergänzt wurden Lösungen im Bereich Zahlungsverkehr, Stammdatenmanagement und interne Finanzabstimmung.

Das Enterprise Identity and Access Management System (IAM) wurde erneuert und zentralisiert. Es verwaltet digitale Identitäten und Zugriffsrechte für die Stadtverwaltung.

Die Ratingagentur S&P Global Ratings hat das Langfrist-Rating der Stadt Zürich mit AAA und das Kurzfrist-Rating mit A-1+ bestätigt. Der Ausblick bleibt stabil.

Im Finanzausgleich zahlte die Stadt Zürich 2025 netto 118,0 Millionen Franken an den Kanton. Die Ressourcenabschöpfung stieg auf 547,6 Millionen Franken, der Zentrumslastenausgleich betrug 429,6 Millionen Franken.

Der Wohnraumfonds steht seit Anfang 2025 zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden drei Gesuche aus dem Wohnraumfonds bewilligt, die 46 zusätzliche gemeinnützige Wohnungen ermöglichen. Ein Gesuch aus der Wohnbauaktion wurde bewilligt und ermöglicht die Vergünstigung der Mieten für 14 Haushalte. Ein Gesuch aus dem Jugendwohnkredit wurde ebenfalls bewilligt und sichert vergünstigte Wohnplätze für 73 Jugendliche.

Die städtische IT-Infrastruktur wurde durch Organisation und Informatik (OIZ) modernisiert. Eine sichere KI-Plattform mit Chatbot wurde entwickelt und steht den Departementen 2026 zur Verfügung.

2.4 Sicherheitsdepartement (SID)

Das Sicherheitsdepartement führte 2025 den Einsatz von 30 Bodycams an drei Standorten der Stadtpolizei fort – die im Bericht aufgeführten Zwecke umfassten die präventive Deeskalation, die Beweissicherung und den Einsatz auf Wunsch der kontrollierten Personen. Der Einsatz der Bodycams ist bis Ende 2026 befristet und wird wissenschaftlich durch die ZHAW begleitet.

Die Stadtpolizei unterstützte in über 2000 Fällen bei familiären Konflikten und Gewaltvorfällen. Seit November 2025 wird in Zürich rund um die Uhr eine Beratung für Opfer von Gewalt- und Sexualdelikten angeboten.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und den Frauenanteil zu erhöhen, verstärkte die Stadtpolizei ihre Anstrengungen im Personalbereich durch flexiblere Arbeitsmodelle wie Homeoffice und Teilzeitarbeit sowie die gezielte Rekrutierung von Quer- und Wiedereinsteiger*innen.

Der Stadttunnel wurde im Mai 2025 eröffnet. Täglich fahren mehrere Tausend Velofahrende durch den Tunnel. Die neue Parkkartenverordnung wurde im September 2025 mit 52,8 Prozent Ja-Stimmen angenommen; die Umsetzung ist teilweise durch Rechtsmittel blockiert.

Am Escher-Wyss-Platz wurden rasch umsetzbare Massnahmen zur Schulwegsicherheit umgesetzt: Tempo 30 wurde eingeführt, zwei automatische Kontrollanlagen überwachen die Einhaltung, ein neuer Schulweg mit Bodenlampen und Begleitdienst wurde erprobt. Diese Massnahmen nehmen die zukünftige Verkehrsreduktion im Bauprojekt vorweg.

Das Stadtrichteramt verzeichnete 2025 einen Anstieg der Fallzahlen, insbesondere im Bereich des fahrenden und ruhenden Verkehrs sowie beim Fahren ohne gültigen Fahrausweis. Die alte Fachapplikation wurde per 1. Januar 2026 durch die «Neue Applikation Stadtrichteramt» (NAPSTRA) abgelöst.

Schutz & Rettung entwickelte ein Konzept für die Rettung von Personen aus Fliessgewässern. Die Feuerwehr positioniert sich dabei strategisch an Brücken flussabwärts vom Einsatzort, um Vermisste zu orten und die Rettung zu koordinieren.

Die Wache Zentrum der Sanität im Amtshaus Walche wurde im März 2025 bezogen. Die Bauarbeiten für die Erweiterung der Wache Süd in Wiedikon und der Neubau der Wache Nord in Oerlikon schreiten voran. Die Erneuerung der Einsatzleitzentrale ist geplant und soll 2028 in Betrieb genommen werden.

2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Das Gesundheits- und Umweltdepartement hat 2025 mit mehreren Pilotprojekten neue Wege in der öffentlichen Gesundheit und nachhaltigen Stadtentwicklung beschritten. Mit

«Züri Can – Cannabis mit Verantwortung» wurde ein regulierter, wissenschaftlich begleiteter Verkauf von Cannabis lanciert, der den Schwarzmarkt signifikant reduziert und einen risikobewussteren Konsum fördert. Die Zwischenbilanz zeigt eine hohe Akzeptanz und eine breitere Teilnahme unter bisher unterrepräsentierten Gruppen.

Das Pilotprojekt «Gratistests für sexuell übertragbare Infektionen» (STI) wurde erfolgreich ausgebaut: Über 7600 Konsultationen seit 2023 belegen eine hohe Nachfrage, besonders bei jungen Erwachsenen und KulturLegi-Inhaber*innen. Die niederschwellige, anonyme Test- und Beratungsinfrastruktur trägt zur Früherkennung und Chancengleichheit bei.

Im Bereich Pflege hat das Programm «Stärkung Pflege» sichtbare Wirkung: Die Fluktuation im Stadtspital Zürich (STZ) und in den Gesundheitszentren für das Alter ist gesunken, die Kosten für Temporärpersonal konnten deutlich reduziert werden. Die Einführung der «Ausbildungsstation 365» am STZ und die Überprüfung von über 4000 Funktionsstufen haben die Anstellungssituation für Pflegefachpersonen nachhaltig verbessert.

Das «Pilotprojekt Demenz» hat die Versorgung zu Hause lebender Menschen mit Demenz und deren Angehörigen gestärkt: Neue E-Learnings, kostenlose Präsenzkurse und eine zentrale städtische Website bündeln Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Zusammenarbeit mit Alzheimer Zürich und anderen Akteur*innen ist intensiviert worden.

Die Altersstrategie 2035 wurde weiter vorangetrieben: Die generationenübergreifende Siedlung Letzi in Altstetten wurde bezogen, neue Wohnungen in Wiedikon und im Espenhof realisiert. Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitszentren, Spitex und Stiftung Alterswohnungen wurde systematisch vertieft – etwa durch gemeinsame Wäscherei- und Pflegeprozesse.

Im Umweltbereich startete das Pilotquartier Netto-Null in der Binz und Alt-Wiedikon mit partizipativen Formaten für Bevölkerung und Unternehmen. Der KI-Chatbot «Zü-Re» zur Kreislaufwirtschaft wurde lanciert und erreichte über 120 000 Zugriffe. Die Luftqualität hat sich weiter verbessert, der Lärmschutz bleibt eine zentrale Herausforderung – insbesondere beim Strassenverkehrslärm.

2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)

Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement hat 2025 mit sichtbaren Projekten die Stadt zukunftsfähiger gemacht. Der Stadttunnel unter dem Hauptbahnhof wurde eröffnet – eine sichere, direkte und kostenfreie Veloverbindung zwischen den Kreisen 4 und 5, ergänzt durch eine Velostation mit 1240 Plätzen. Er ist das Herzstück einer neuen, fahrradfreundlichen Achse durch das Zentrum.

Mit dem «Josy» auf dem Josef-Areal wurde ein niederschwelliger Tausch- und Wiederverwendungsplatz eröffnet, der Abfallvermeidung in den Alltag der Zürcher*innen bringt. Das Angebot, das bis 2028 als Zwischennutzung läuft, wurde durch lokale Reparaturbetriebe ergänzt und zeigt, wie Kreislaufwirtschaft lebendig werden kann.

Der Mobile Recyclinghof wurde konsequent ausgebaut: Er wurde mit dem Cargo- und E-Tram zusammengeführt und wird bis Ende 2026 auf 32 Standorte in der Stadt erweitert. Damit wird die Entsorgung näher an die Wohnquartiere gebracht – und der individuelle Fahrverkehr reduziert.

Das neue Recyclingzentrum Juch-Areal in Altstetten wurde als Leuchtturmprojekt der Kreislaufwirtschaft geplant: Es soll nicht nur Abfälle aufnehmen, sondern Materialien aktiv weiterverwenden, reparieren und wiederverkaufen. Der Bau setzt auf recycelte Bauteile und reduziert CO_2-Emissionen von Beginn an.

Die Eröffnung des Ueberlandparks auf dem Dach der Einhausung Schwamendingen hat einen einzigartigen, fast einen Kilometer langen Grünraum mit Biodiversität, Aufenthaltsqualität und direkter Verbindung zu den Quartieren geschaffen. Die Anlage wurde mit 220 Nisthilfen, Kletterpflanzen und einem gastronomischen Pavillon ausgestattet.

Die Pestalozzianlage wurde als Begegnungszone neugestaltet – mit Bäumen, Sträuchern, entsiegelten Wegen und neuen Sitzbänken. Die Postterrasse an der Sihl wurde zu einem attraktiven Aufenthaltsort mit Natursteinbänken und Bäumen umgewandelt.

Die Digitalisierung des Tiefbaus wurde konsequent vorangetrieben: Das Bauprojekt in der Kurfirstenstrasse wurde als erstes vollständig mit Building Information Modeling (BIM) geplant und realisiert. In der Sihlstrasse wurde Virtual Reality erstmals für die Mitwirkung der Bevölkerung getestet – eine neue Form des Dialogs, die komplexe Planungen greifbar macht.

Die Quartierblöcke in Aussersihl, Unterstrass, Riesbach und Seebach wurden mit der Bevölkerung gemeinsam entwickelt – mit dem Ziel, Durchgangsverkehr zu reduzieren, Grünflächen zu erweitern und den öffentlichen Raum lebenswerter zu gestalten.

2.7 Hochbaudepartement (HBD)

Das Hochbaudepartement hat 2025 in seinem Prozess für die Ausrichtung auf Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und digitale Transformation entscheidende Schritte für die Zukunft der Stadt unternommen. Mit der ersten E-Baustelle der Schweiz – beim Umbau der Schulanlage Riedenhalden – wurde ein neuer Standard für emissionsfreies Bauen gesetzt: komplett mit elektrischen Fahrzeugen und Geräten, dokumentiert und als Leitfaden für die Branche veröffentlicht.

Der Neubau der Schulanlage Borrweg wurde fertiggestellt – ein Modellprojekt für klimagerechtes, energieeffizientes und sozialverträgliches Bauen. Mit unterirdischer Sporthalle, Dachgarten und integrierter Betreuungsinfrastruktur zeigt es, wie engagiertes Planen Raum für Kinder, Quartier und Klimaschutz gleichzeitig schafft.

Im Quartier Seebach wurde ein partizipativer Prozess zur Gestaltung eines naturnahen Parks entlang des Katzenbachs gestartet. Mit dem Ziel, Wasserflächen zu revitalisieren, Bäume zu pflanzen und den Fussballplatz als zentralen Treffpunkt zu erhalten, wird hier nicht nur Grünfläche geschaffen, sondern ein Ort der Begegnung und Erholung.

Die Umsetzung von worksmart@zürich 2.0 im Amtshaus Walche hat die Arbeitswelt im HBD nachhaltig verändert: Mit flexiblen Arbeitsplätzen, digitalen Räumen und einem neuen Leitbild wird nicht nur Raum effizienter genutzt, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Abteilungen gefördert.

Das Amt für Städtebau hat die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO 2028) vorangetrieben – mit klaren Vorgaben für Baumerhalt, Hitzeminderung und die Sicherung von Freiräumen. Die Delegation der ISOS-Beurteilung vom Kanton an die Stadt hat den Planungsprozess beschleunigt und mehr lokale Handlungsspielräume eröffnet.

Die Sanierung des Radiostudios Brunnenhof zur Schule ist ein Beispiel für das Weiterbauen im Bestand: Ein denkmalgeschütztes Gebäude wurde mit modernen pädagogischen Anforderungen vereint – ohne seine historische Substanz zu opfern.

Mit dem digitalen Wettbewerb für die Sporthalle Seefeld wurde erstmals ein Architekturwettbewerb vollständig digital durchgeführt – ohne physische Modelle, sondern mit 3D-Daten, die von allen Beteiligten gemeinsam bewertet werden konnten.

2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB)

Das Departement der Industriellen Betriebe hat 2025 mit konsequenten Projekten die Grundlagen für eine klimaneutrale, resiliente und zukunftsfähige Stadtinfrastruktur gelegt. Mit der Machbarkeitsstudie für die Erneuerung des Garderobengebäudes auf der Sportanlage Hardhof wurde ein neuer Ansatz verfolgt: Die Planung umfasst nicht nur die Sportanlage, sondern auch das angrenzende Areal der Wasserversorgung – eine integrierte Betrachtung, die Synergien zwischen öffentlichen Dienstleistungen nutzt.

Die Wasserversorgung hat mit der Weiterentwicklung des Notwasserkonzepts eine entscheidende Vorsorgestrategie für Extremsituationen verankert. Ein Werkzeugkoffer für Krisenlagen wurde entwickelt, der es ermöglicht, flexibel auf Ausfälle zu reagieren – etwa durch die gezielte Einspeisung aus dem Zonenpumpwerk Hardhof ins Quellwassernetz.

Das Elektrizitätswerk hat mit der Einführung von «ewz.solarquartier» ein neues Modell für lokale Elektrizitätsgemeinschaften lanciert: Bürger*innen, Wohnbaugenossenschaften und Unternehmen können überschüssigen Solarstrom direkt im Quartier verkaufen – ohne Umweg über das Netz. Damit wird die dezentrale Energieproduktion nicht nur gefördert, sondern auch sozial gerecht gestaltet.

Die Verkehrsbetriebe haben mit der Umstellung der Linie 69 auf Trolleybusbetrieb einen weiteren Schritt zur Elektrifizierung vollzogen – und mit dem «Event-Linie»-Tram ein neues Angebot für Kultur und Gemeinschaft geschaffen. Ein umgebautes Tram wird für kulinarische und künstlerische Fahrten genutzt – ein Ort der Begegnung auf Rädern.

Mit dem Energieverbund Enge wird erstmals Seewasser als klimafreie Wärme- und Kältequelle für ein ganzes Quartier erschlossen. Die Technik ist innovativ, die Umsetzung aber pragmatisch: Die Leitungen werden unter dem See verlegt, die Energiezentrale unter einem neuen Kiosk an der Hafenpromenade integriert – ohne den öffentlichen Raum zu überlasten.

Die Digitalisierung der Infrastruktur ist nicht mehr ein Projekt, sondern Alltag: Das «digitale Zwillings»-Modell der Wasserversorgung verknüpft GIS- und BIM-Daten, sodass Planung, Bau und Betrieb in einer gemeinsamen digitalen Umgebung stattfinden – von der Brunnenstation bis zur Hauptleitung.

Mit der Stilllegung des Gasverteilnetzes in Zürich-West beginnt der systematische Ausstieg aus fossilen Energieträgern – nicht als Verlust, sondern als Chance: Die freigewordenen Flächen werden für Grünflächen, Radwege und neue Lebensräume genutzt.

2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD)

Das Schul- und Sportdepartement hat 2025 mit einer klaren Ausrichtung auf Integration, Teilhabe und dem Lebensraum Schule neue Wege in der Bildungspolitik beschritten. Mit der flächendeckenden Einführung der Tagesschule ist fast jede zweite städtische Schule zu einem lebendigen Ort des ganztägigen Lernens und Lebens geworden – nicht nur durch Unterricht,

sondern durch Angebote wie «Betreuung Freizeit» (BeFrei), die kreative, naturbezogene und körperliche Bildung im Alltag verankern.

Das neue Musikzentrum Brunnenhof, umgebaut aus dem ehemaligen SRF-Radiostudio, ist mehr als ein Unterrichtsort: Es ist ein kulturelles Zentrum für Stadt und Schule, das öffentliche Konzerte, Schulveranstaltungen und die Vermietung von Konzertsälen miteinander verbindet. Damit wird Musikbildung nicht isoliert, sondern als Teil der städtischen Kultur verstanden.

Mit der Einrichtung der Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus und Radikalisierung an Schulen wurde eine niederschwellige, vertrauensvolle Anlaufstelle geschaffen – nicht als Kontrollinstanz, sondern als Brücke zwischen Schule, Eltern und Fachstellen. Die Rückmeldungen zeigen, dass das Vertrauen wächst, wenn Betroffene gehört werden.

Die Schulgesundheitsdienste haben mit einem praxisnahen Prozess zum Umgang mit Schulabsentismus einen systemischen Ansatz etabliert: Statt Einzelfallmanagement wird nun ein klarer, abgestimmter Weg von der ersten Absenz bis zur Reintegration vorgegeben – mit Beteiligung von Schule, Familie und Gesundheitsdiensten.

Die Fachschule Viventa hat mit dem neu konzipierten Berufsvorbereitungsjahr eine Brücke zwischen Schule und Arbeitswelt geschlagen: Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund lernen nun gemeinsam – in einem Umfeld, das Selbstständigkeit, Verantwortung und Teamfähigkeit fördert. 97 Prozent der Jugendlichen finden eine Anschlusslösung – meist eine Lehrstelle oder ein qualifizierendes Angebot.

Die Sportförderung hat sich mit «ZüriKick» nach der UEFA Women’s EURO 2025 weiterentwickelt: Das Programm, das Mädchen im freiwilligen Schulsport fördert, wird nun als reguläres Angebot in allen sieben Schulkreisen etabliert – nicht als einmalige Aktion, sondern als dauerhafte Struktur für Chancengleichheit im Sport.

Mit der Einführung von «Meine Kinder» im Portal «Mein Konto» wurde der Austausch zwischen Eltern und Schule digitalisiert – nicht als Verwaltungsumstellung, sondern als Entlastung: Anmeldungen, Zuteilungen und Kontaktdaten werden selbst verwaltet, die Verwaltung entlastet, die Eltern befähigt.

2.10 Sozialdepartement (SD)

Das Sozialdepartement hat 2025 mit einer klaren Ausrichtung auf Selbstbestimmung, Prävention und sozialen Zusammenhalt neue Wege in der sozialen Grundversorgung beschritten. Mit dem Pilotprojekt «Soziale Rezepte» wurde erstmals eine enge Verzahnung zwischen medizinischer und sozialer Versorgung etabliert: Sozialarbeiter*innen im Stadtspital beraten Patient*innen, die von Ärzt*innen ein «Rezept» für soziale Unterstützung erhalten haben – etwa für Wohnen, Finanzen oder soziale Kontakte.

Mit der Einführung des neuen Fallführungssystems «FFS citysoftnet» wird im SD eine digitale Plattform eingeführt, die gemäss Geschäftsbericht nicht nur die «Verwaltung» vereinfacht, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Sozialen Diensten, der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) und den Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) verbessern soll.

Das Pilotprojekt «Housing First» hat obdachlosen Menschen mit komplexen Problemlagen einen unbefristeten Mietvertrag und individuelle Begleitung ohne Auflagen ermöglicht – kein «Vorher» und «Danach», sondern sofortige Wohnraumversorgung als Grundlage für Stabilität. 21 Menschen werden heute in diesem Modell begleitet.

Mit dem «Raum für Konsum und Triage» wurde eine neue Form der Drogenpolitik umgesetzt: Ein geschützter Ort, der nicht nur Konsum ermöglicht, sondern auch die Vermittlung an Herkunftsgemeinden und Hilfsangebote anbietet – ein Ansatz, der nicht moralisiert und auf Pragmatismus setzt.

Die Schuldenprävention ist vom Präsidialdepartement ins Sozialdepartement gewechselt und hat mit «Money Chat» und «Moneythek» niederschwellige Angebote geschaffen, die Finanzkompetenz als Teil der sozialen Teilhabe verstehen – nicht als Problem, sondern als Kompetenz, die gestärkt werden kann.

Mit dem neuen Frauentreff, der im Aufbau ist, wird ein Ort der Begegnung, Information und Unterstützung für armutsbetroffene Frauen geschaffen – ein Ort, an dem Isolation überwunden und Netzwerke entstehen können.

Die KESB hat mit einem Fokus auf Meldungen aus der Bevölkerung eine kritische Reflexion angestossen: Der Anstoss für die meisten Meldungen ist nicht das Bedürfnis nach Kontrolle, sondern die Sorge um Mitmenschen.

Mit der Stärkung der Schulsozialarbeit – durch einen neuen Betreuungsschlüssel von 600 statt 690 Schüler*innen pro Stelle – wurde ein klares Signal gesetzt: Schule ist ein Ort der sozialen Sicherheit und ihre Unterstützung ist keine Nebenaufgabe, sondern zentral.

3. Unerledigte Motionen und Postulate

Da die Abschreibungsanträge zu den Postulaten seit 2019 in einer separaten Weisung beraten werden und nicht mehr Teil des Geschäftsberichts der Stadt Zürich sind, listet der Stadtrat nur noch die unerledigten Motionen und Postulate im Geschäftsbericht auf. Eine Berichterstattung an den Gemeinderat ist ab zwei Jahren notwendig, weshalb der Stadtrat den Stand der Abklärungen bei Bedarf kommentiert.

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 130 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate ersuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung des Stadtrats nicht teilt, eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vor-

lage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist eine Motion für den Stadtrat erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der GeschO GR nicht geregelt.
Die GPK prüft im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts auch die unerledigten Postulate. Gemäss Art. 137 GeschO GR hat der Stadtrat innert zwei Jahren nach Überweisung eines Postulats das Ergebnis der Prüfung des Postulats oder den geforderten Bericht vorzulegen. Dies sollte er im Rahmen des Geschäftsberichts tun, wenn er der Meinung ist, dass die Prüfung noch nicht vollumfänglich erfüllt sei. Andernfalls beantragt er die Abschreibung mit einer jedes Jahr zuhanden des Gemeinderats zu verabschiedenden separaten Weisung zur Abschreibung von Postulaten. Der Fokus der GPK-Prüfung hinsichtlich abschreibungsbereiter Vorstösse lag im aktuellen Bericht auf dem TED, das mit 68 hängigen Postulaten und Motionen mit abgelaufener Erledigungsfrist die meisten pendenten Vorstösse ausgewiesen hat.

4. Dank

Die Mitglieder der GPK bedanken sich bei allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, dem Stadtschreiber, dem Rechtskonsulenten des Stadtrats sowie den Leitungen der Departementssekretariate dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.

.

5. Antrag und Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2025 (Beilage) wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung des Berichts: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Martin Busekros (Grüne), Andreas Egli (FDP), Sarah Dähler (Grüne), Cordelia Forde (SP), Rahel Habegger (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP)

Für die GPK

Guy Krayenbühl, Präsidium
Bettina Falah, Sekretariat

Zürich, 15. Juni 2026